



Liebe Klinik-kompakt-Leserinnen und -Leser,

im Schatten der vielbeachteten Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) zur Neuregelung der stationären Notfallversorgung wurde im April von diesem auch ein Beschluss zu Sicherstellungszuschlägen in der Geburtshilfe getroffen. Damit können künftig auch Sicherstellungszuschläge für die Vorhaltung einer Fachabteilung für Geburtshilfe oder Gynäkologie und Geburtshilfe vereinbart werden. Zuschlagsfähig ist in diesem Fall dann zudem die Vorhaltung einer Fachabteilung Kinder- und Jugendmedizin. Bisher war die Vereinbarung von Sicherstellungszuschlägen nur für eine Fachabteilung Innere Medizin und eine chirurgische Fachabteilung, die zur Versorgung von Notfällen der Grund- und Regelversorgung geeignet sind, möglich. Dieser Sicherstellungszuschlag wird allerdings nur gezahlt, wenn bestimmte Struktur- und Qualitätsanforderungen erfüllt werden. So kann ein Zuschlag beispielsweise erlangt werden, wenn durch den Wegfall eines Krankenhauses in dünn besiedelten Gebieten Pkw-Fahrzeiten von mehr als 40 Minuten notwendig sind, um bis zum nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus zu gelangen. Des Weiteren ist festgelegt worden, dass nur Krankenhäuser in einem Unterbesiedlungsgebiet mit maximal 20 Frauen im gebärfähigen Alter pro km² den Sicherstellungszuschlag beantragen können. Laut GBA soll damit eine qualitativ hochwertige Versorgung auch in der Fläche gewährleistet werden.

Das hört sich auf den ersten Blick gut an, wenn man die Attraktivität des ländlichen Raums steigern will. Unter Qualitätsgesichtspunkten ist das für werdende Mütter keine gute Nachricht. Schon aus ökonomischen Gründen ist eine Untergrenze von 700 bis 800 Geburten pro Jahr erforderlich, damit eine Facharztpräsenz bei Geburt regelhaft erreicht wird. Die Facharztpräsenz bei Geburt ist auch nach geltenden Leitlinien zwingend, damit die zwar seltenen aber nicht vorhersehbaren schwierigen Geburtsverläufe einen positiven Ausgang haben. Der reflexartige Aufschrei der DKG, wonach die Schließung von Geburtsabteilungen weiter gehen wird, ist nicht nachvollziehbar. Das Wohl werdender Mütter und ihres Nachwuchses liegt dort nicht im Fokus, sondern vielmehr die immer gleiche Forderung nach mehr Geld zur Finanzierung überkommener Strukturen. Es ist auch nicht einzusehen, warum Frauen in ihrem Leben nicht zwei- oder dreimal eine Wegezeit von mehr als 40 Minuten zuzumuten ist. In den skandinavischen Ländern ist es gesellschaftlicher Konsens, dass Behandlungsqualität vor Wohnortnähe steht – mit dem Ergebnis einer geringeren Säuglingssterblichkeit. Deshalb muss an dieser Stelle für einen Perspektivwechsel hin zum hoffentlich gesunden neugeborenen Kind und seiner Mutter geworben werden.

Mit freundlichen Grüßen aus dem AOK-Bundesverband
Patrick Garre (AOK-Bundesverband)

News aus dem Krankenhaus

LANDESBASISFALLWERTE >>

INVESTITIONSFINANZIERUNG >>

ABRECHNUNG >>

GESETZGEBUNG >>

PUBLIKATION >>

WEITERE INFORMATIONEN >>



■ LANDESBASISFALLWERTE

Landesbasisfallwerte in sechs weiteren Ländern genehmigt

(13.04.18) In 13 der 16 Bundesländer stehen die Erlöse der somatischen Krankenhäuser fest. Lediglich in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sind die Landesbasisfallwerte noch offen.

■ INVESTITIONSFINANZIERUNG

Investitionsbedarf: Krankenhäuser brauchen auch 2018 sechs Milliarden Euro

(11.04.18) Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) hat den bundesweiten Investitionsbedarf der Krankenhäuser berechnet. Wie in den vergangenen Jahren brauchen die Kliniken demnach sechs Milliarden Euro, um den Bestand zu erhalten.

■ ABRECHNUNG

Eine neue MDK-Kodierempfehlung veröffentlicht

(12.03.18) Die Sozialmedizinische Expertengruppe der MDK-Gemeinschaft „Vergütung und Abrechnung“ hat eine neue Empfehlung beschlossen. Ziel ist es, die Kodierung bundesweit zu vereinheitlichen. Die Veröffentlichung soll die Transparenz der MDK-Begutachtungen fördern und mehr Verfahrenssicherheit für Krankenhäuser und Krankenkassen schaffen. Die aktuellen Kodierempfehlungen stehen ab sofort auf der entsprechenden Internetseite bereit.

■ GESETZGEBUNG

InEK veröffentlicht Katalog zur Bewertung des Pflegeaufwands

(16.04.18) Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) hat ein Instrument zur Bewertung des Pflegeaufwands in Krankenhäusern entwickelt. Der sogenannte Pflegelast-Katalog soll bei den anstehenden Verhandlungen über Personaluntergrenzen auf bettenführenden Stationen zur Ermittlung des Personalbedarfs in der Pflege beitragen.

■ PUBLIKATION

Krankenhausstrukturen in Deutschland müssen zentralisiert werden

(20.03.18) In Berlin ist am Montag (19. März) der Krankenhaus-Report 2018 vorgestellt worden. Im Blickpunkt der aktuellen Ausgabe steht die bedarfsgerechte Krankenhausplanung. Auch zwei Jahre nach Inkrafttreten des Krankenhaus-Strukturgesetzes machen die Bundesländer von den Möglichkeiten eines qualitätsorientierten Umbaus der Kliniklandschaft nur zögerlich Gebrauch. Der AOK-Bundesverband schlägt deshalb ein gemeinsames Konzept von Bund und Ländern vor. „Das Zielbild 2025 sollte festhalten, wo wir mit der stationären Versorgung am Ende der nächsten Legislaturperiode stehen wollen“, sagte der Vorstandschef des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch.



■ WEITERE INFORMATIONEN

Medikationsfehler häufig vermeidbar

(23.04.18) Bundesweit sind jährlich rund 250.000 Krankenhauseinweisungen auf vermeidbare Fehler bei der Medikation zurückzuführen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Die Angaben stützen sich auf vorliegende Untersuchungen. Diese zeigen, dass rund fünf Prozent aller Klinikeinweisungen die Folge unerwünschter Arzneimittelwirkungen sind. Ein Viertel der Fälle ließen sich vermeiden, heißt es weiter.

Europäische Impfwoche vom 23. bis 29. April

(19.04.18) Schutzimpfungen können laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) jährlich etwa zwei bis drei Millionen Todesfälle verhindern. Für einen optimalen Schutz gegen Infektionskrankheiten müssten allerdings mindestens 95 Prozent der Bevölkerung mit den empfohlenen Impfungen immunisiert sein. Mit der Europäischen Impfwoche will die WHO darauf aufmerksam machen, dass Impfungen entscheidend dafür sind, Krankheiten zu vermeiden und Menschenleben zu schützen.

APS legt Handlungsempfehlung für ambulante Gesundheitseinrichtungen vor

(18.04.18) Das Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS) hat jetzt eine Handlungsempfehlung für den Ausbau eines Berichts- und Lernsystems zu Fehlern und Beinaheschäden (CIRS) in der ambulanten Versorgung herausgegeben. Bislang gibt es dieses System nur für Kliniken und größere Gesundheitseinrichtungen. Die Empfehlung wird in bis zu 400 Praxen erprobt mit dem Ziel, die Patientensicherheit zu stärken. Interessierte Einrichtungen können sich noch bewerben.

Brauksiepe wird Patientenbeauftragter

(12.04.18) Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Ralf Brauksiepe aus Nordrhein-Westfalen (NRW) wird der neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung. Damit ist das Bundeskabinett dem Vorschlag des Bundesministers für Gesundheit Jens Spahn (CDU) gefolgt.

Extremkostenbericht: Atypische Krankheitsverläufe sind im Durchschnitt kein Kostenrisiko mehr

(10.04.18) Die Fallpauschalen bilden das Leistungsgeschehen an deutschen Kliniken immer besser ab. Patienten mit atypischen Krankheitsverläufen wirken sich nun im Durchschnitt sogar positiv auf die Bilanz der Kliniken aus. Das geht aus dem vierten Extremkostenbericht hervor, den das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) veröffentlicht hat.

Bundesärztekammer: Rückgang bei Behandlungsfehlern

(06.04.18) Die Zahl Behandlungsfehler geht leicht zurück. Im vergangenen Jahr wurden 11.100 Fälle zur Begutachtung an die Schlichtungsstellen und Gutachterkommissionen der Ärztekammern herangetragen. In 2.213 Fällen wurde der Verdacht bestätigt.

Innovationsfonds: 93 Projektanträge zu neuen Versorgungsformen eingegangen

(05.04.18) Der Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) hat im Rahmen der letzten Förderbekanntmachung 93 weitere Anträge zur Förderung von Projekten zu neuen Versorgungsformen erhalten.

Neugeborenen-Screening wird erweitert

(28.03.18) Künftig ist das Screening auf Tyrosinämie Typ I Bestandteil des Erweiterten Neugeborenen-Screenings. Der Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) wurde vom Bundesministerium für Gesundheit nicht beanstandet und ist nach Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 16. März 2018 in Kraft getreten.

Weltweiter Antibiotika-Verbrauch ist immens gestiegen

(27.03.18) Der weltweite Antibiotikaverbrauch ist einer Hochrechnung zufolge in den vergangenen 15 Jahren um rund 65 Prozent gestiegen. Besonders in wirtschaftlich aufstrebenden Ländern sei die Zunahme „dramatisch“, berichten Wissenschaftler um Eili Klein vom US-Forschungszentrum CDDEP (Center for Disease Dynamics, Economics & Policy).

Jens Spahn ist neuer Bundesminister für Gesundheit

(15.03.18) Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am Mittwoch (14. März) den bisherigen Parlamentarischen Finanzstaatssekretär Jens Spahn (CDU) zum Bundesminister für Gesundheit ernannt. Im Anschluss erfolgte die Vereidigung im Deutschen Bundestag. Spahn folgt auf Hermann Gröhe (CDU), der das Ministeramt seit Dezember 2013 ausgeübt hat.



Mehr Menschen wegen Depression in Kliniken behandelt

(14.03.18) Die Zahl der Menschen in Deutschland, die wegen einer Depression in Krankenhäusern behandelt wurden, ist innerhalb von fünf Jahren um sieben Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) jetzt berichtete, wurden im Jahr 2016 mehr als 263.000 Menschen vollstationär aufgenommen. Im Jahr 2011 waren es noch knapp 246.000 Patienten.

■ **AUSGABE 02/2018 VOM 26.04.18**

Hier können Sie den Newsletter abonnieren oder abbestellen:

<http://www.aok-gesundheitspartner.de/bund/krankenhaus/newsletter/index.html>

AOK-Bundesverband

Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin